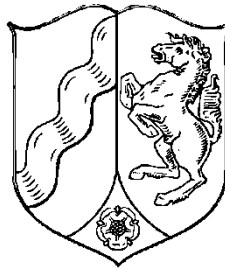


033 K 021/22



AMTSGERICHT DÜREN

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, den 30.10.2024, 10.00 Uhr,
im Amtsgericht Düren, August-Klotz-Str. 14, 52349 Düren, 2. Stock, Saal 230**

das im Grundbuch von Vossenack Blatt 986 eingetragene Wohnungseigentum

Grundbuchbezeichnung:

85/270 Miteigentumsanteil an dem Grundstück
Gemarkung Vossenack
Flur 8 Flurstück 529, Gebäude- und Freifläche, Germeter 15, groß: 6,27 ar
verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1 des
Aufteilungsplanes.
Es sind Sondernutzungsrechte vereinbart.

versteigert werden.

Eigentumswohnung (ca. 81 qm) im Erdgeschoss eines freistehenden Dreifamilienhauses, Baujahr 1994, 3 Zimmer, Küche, Diele, Bad eine Terrasse sowie ein Stellplatz sind der Wohnung zugeordnet. Eine Innenbesichtigung war nicht möglich - Besonderheiten s. Gutachten.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 08.06.2022 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 118.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Düren, 02.07.2024